

Herr Scholz bittet um Unterbrechung der Sitzung, damit der Antragsteller seinen Antrag kurz begründen kann.

Der Bürgermeister stellt keine Gegenrede fest und lässt abstimmen.

## **Beschluss**

**Nr. XV/1/**

Der Rat stimmt der Sitzungsunterbrechung zu.

## **Abstimmungsergebnis: Einstimmig**

Der Bürgermeister unterbricht daraufhin die Sitzung um **19.00 Uhr und ruft um 19.03 Uhr** zur Fortsetzung auf.

Auf Frage von Frau Radtke nach den Möglichkeiten erklärt Herr Strack kurz die Zusammenhänge. Als Kämmerer müsse er wirtschaftlich im Sinne der Kommune denken. Bürger hätten stets eine Erwartungshaltung, die sich entweder auf eine zu erwartende Rendite oder/und eine Verzinsung bezieht. Die Aussicht auf eine geringe Verzinsung bei Crowdfunding-Projekten mache zurzeit für die Kommune aber keinen Sinn, da diese in der momentanen Situation sogar für Verschuldungen Geld erhalte. Dies beziehe sich auf Kassenkredite, sprich Giro-Konto. Zurzeit zeichne sich aber ab, dass diese Entwicklung sich auch in Richtung Investitionsdarlehen bewege. Das Ansinnen sei gut und man werde sicher zu gegebener Zeit darauf zurückkommen. In der momentanen Situation mache es aber aus genannten Gründen keinen Sinn. Eventuell wäre es eine Möglichkeit, sich auf einzelne Projekte im kleineren Rahmen zu bewegen.

Für Herrn Utsch ist schwer nachvollziehbar, was der Antragsteller eigentlich will. Letztendlich sei dies auch in der Beschlussvorlage interpretiert worden. Auch er spricht kleine Projekte an, wobei als „Gegenleistung“ beispielsweise durch eine Plakette mit dem Hinweis auf den Unterstützer hingewiesen wird. Er habe gewisse Schwierigkeiten, zum Antrag eine geeignete Beschlussempfehlung zu finden. Bezugnehmend auf die Ausführungen von Herrn Strack sei vielleicht die Suche nach einem geeigneten Projekt eine Möglichkeit.

Für Herrn Strack ist keine explizite Beschlussfassung erforderlich. Vielmehr komme man auf das Thema zurück, sofern sich etwas geeignetes anbiete.

Der Bürgermeister bekräftigt, dass man in jedem Falle eine Erhöhung des Anteils an regenerativen Energien in Eitorf anstrebe, wobei sich dies zum jetzigen Zeitpunkt nicht den beantragten Weg anbiete.

Herr Thienel begrüßt die Bürgeranregung. Auch seine Fraktion sehe die Idee vom Grundsatz her positiv. Sinnvoll sei jedoch, zunächst nach einem geeigneten Projekt zu suchen. Im Grunde müsse dies von Projekt zu Projekt entschieden werden. Für die SPD-Fraktion gebe es keinen Grund, heute einen Beschluss zu fassen.

Herr Scholz unterstreicht diese Aussage. Es sei richtig, dies konkret an Projekten festzumachen. Er verweist auf die Möglichkeit, dem Antragsteller die Möglichkeit einzuräumen, noch Fragen zu stellen.

Herr Strack bestätigt, dass der Antragsteller eine offizielle Antwort mit dem Beratungsergebnis erhält.

Herr Meeser erklärt, dass auch die BfE die Idee grundsätzlich gut findet. Ein Problem sehe man darin, dass die Gemeinde u.U. in Vorleistung treten müsse. Dies müsse ja haushaltsrechtlich entsprechend abgebildet sein.

Herr Grendel erklärt für die CDU-Fraktion, dass man die Idee im Grunde gut finde. Es sei wichtig, bei jedem gemeindlichen Vorhaben dies in die Überlegungen einzubeziehen.

Der Bürgermeister dankt dem Antragsteller für den Antrag, auch wenn es heute zunächst nur bei einer „Kenntnisnahme“ bleibe.

Für Herrn Utsch ist das Beratungsergebnis nicht konkret genug.

Herr Strack geht nochmal auf seine anfänglichen Ausführungen ein. Nach seinem Verständnis komme man dann darauf zurück, wenn dies projektbezogen geeignet erscheint und die wirtschaftlichen Parameter, z.B. Entwicklung in der Zinslandschaft, dies wieder sinnvoll erscheinen lassen.

Herr Strausfeld stellt noch einmal klar, dass die von der CDU vorgeschlagene projektbezogene Prüfung nicht so zu verstehen sei, dass nicht bei jeder Ausschreibung geprüft werde, ob jemand eine Spende gibt.

Der Bürgermeister fasst das Beratungsergebnis zusammen. Man könne der Bürgeranregung weder zustimmen noch sie ablehnen.

Nachdem sich kein Antrag auf Ablehnung der Anregung ergibt, stellt der Bürgermeister zusammenfassend fest, im Sinne der Beratungen mit dem Thema umzugehen.